

## Beschluss

ALLE DÖRFER BLEIBEN - Für eine klimagerechte Politik!

Gremium: Landesparteirat

Beschlussdatum: 28.02.2021

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

1 Jeden Tag müssen die Menschen, die am Tagebau wohnen, erleben, wie ihnen ihr  
2 Zuhause genommen wird. Mit Kettensägen werden Alleen und Wälder gefällt, mit  
3 Baggern Kirchen und Häuser niedergedrückt. Straßen werden zerstört, die die  
4 Dörfer seit Generationen vernetzen. Jeden Tag hören die Anwohnenden das laute  
5 Knirschen und Dröhnen der großen Kohlebagger, die ohne innezuhalten auf ihre  
6 Dörfer zusteuern. Im letzten Sommer wurde die Landstraße L277 zerstört und im  
7 Herbst sowie erst vor wenigen Wochen ein Teil des Dorfes Lützerath. Und das  
8 obwohl dort noch Menschen leben und sich gegen ihre Enteignung und Vertreibung  
9 und die Zerstörung ihrer Heimat wehren. Es ist offensichtlich: Durch den Abriss  
10 der halben Ortschaft soll der Druck auf die letzten Bewohner\*innen erhöht  
11 werden, ihren Widerstand aufzugeben – eine Methode, die Menschen im Rheinischen  
12 Revier bei der „Umsiedlung“ in der Braunkohle nur zu gut kennen.

13 Eines konnte der Kohlekonzern RWE aber noch nicht zerstören: Den Mut der hier  
14 lebenden Menschen, die sich jeden Tag dafür engagieren, dass Dörfer, Wälder und  
15 Felder bleiben. Den Menschen hier geht es dabei nicht nur um ihr Zuhause: Unter  
16 den Dörfern am Tagebau Garzeiler alleine sind noch 600 Millionen Tonnen  
17 Braunkohle, die nach dem Willen von RWE verfeuert werden sollen. Wollen wir die  
18 Klimakrise aufhalten und unseren internationalen Verpflichtungen gegenüber dem  
19 Übereinkommen von Paris (Paris Agreement) nachkommen, muss der Kohleausstieg  
20 schneller umgesetzt werden als derzeit von der Bundesregierung geplant.

#### 21 **Lokal Verantwortung übernehmen angesichts der Klimakrise**

22 Das Rheinische Braunkohlerevier mit all seinen Tagebauen und Kohlekraftwerken  
23 ist immer noch einer der zentralen Orte, die über unser aller Zukunft  
24 entscheiden. Jeden Tag übernehmen Menschen, die an den Tagebauen für die  
25 Stilllegung dieser streiten, da Verantwortung, wo die Landes- und  
26 Bundesregierung derzeit versagt: Sie übernehmen Verantwortung für eine  
27 lebenswerte Zukunft und stehen in Solidarität mit den Menschen, die bereits  
28 jetzt aufgrund der Klimakrise in anderen Regionen der Welt ihre Existenz  
29 verlieren.

30 Seit Mitte Dezember 2020 ist endgültig klar: Die letzten Dörfer am Tagebau  
31 Garzeiler könnten erhalten werden. Ihre Bewohner\*innen müssten nicht  
32 enteignet und vertrieben und ihre Häuser und Kirchen nicht zerstört werden, wenn  
33 das Ergebnis der Kohlekommission, wie zunächst von Bundes- und Landesregierung  
34 zugesagt, umgesetzt würde. Das belegt ein von Bundeswirtschaftsminister Peter  
35 Altmaier in Auftrag gegebenes Gutachten, das dieser erst auf Druck der Grünen  
36 Bundestagsfraktion veröffentlichte. Altmaier hatte die Existenz des Gutachtens

37 über ein Jahr zunächst geheim gehalten, dann seine Veröffentlichung über Monate  
38 verweigert. Obwohl dem Bundeswirtschaftsministerium die Ergebnisse des  
39 Gutachtens also seit Ende 2019 bekannt waren, haben Bundesregierung,  
40 Landesregierung NRW und Bergbautreibender immer argumentiert, bei Umsetzung des  
41 Ergebnisses der Kohlekommission und dem Erhalt des Hambacher Waldes sei die  
42 Zerstörung der Dörfer zwingend notwendig. Auf diesen Argumenten basiert auch der  
43 Entwurf der Landesregierung für eine Leitentscheidung zum Braunkohleabbau.

44 Das Parlament und die Bevölkerung wurden mit dem Zurückhalten dieses Gutachtens  
45 getäuscht. Der Bundestag hat bei der Abstimmung über das sogenannte Kohlegesetz  
46 auf Grundlage falscher und unvollständiger Informationen weitreichende  
47 Entscheidungen getroffen. Als BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN NRW kritisieren wir dies als  
48 zutiefst undemokratisch.

#### 49 **Schluss mit dem Auspielen vom Hambacher Wald gegen die Dörfer!**

50 Obwohl dem Bundeswirtschaftsministerium die Ergebnisse des Gutachtens also seit  
51 Ende 2019 bekannt waren, haben Bundesregierung, Landesregierung NRW und  
52 Bergbautreibender immer argumentiert, bei Umsetzung des Ergebnisses der  
53 Kohlekommission und dem Erhalt des Hambacher Waldes sei die Zerstörung der  
54 Dörfer zwingend notwendig. Auf diesen Argumenten basiert auch der Entwurf der  
55 Landesregierung für eine Leitentscheidung zum Braunkohleabbau. Es war  
56 Ministerpräsident Armin Laschet, der auf Druck von RWE die  
57 energiewirtschaftliche Notwendigkeit des Tagebaus Garzweiler in das  
58 Kohleausstiegsgesetz verhandelt hat. Dieser Vertrauensbruch an den Menschen in  
59 den Dörfern wird mit dem vorliegenden Gutachten offensichtlich. Dem Entwurf der  
60 Leitentscheidung ist damit jegliche fachliche Grundlage entzogen. Wo vorher  
61 schon massive Zweifel bestanden, ob die Zerstörung der Dörfer und die Enteignung  
62 und Vertreibung der dort lebenden Menschen wirklich zwingend erforderlich ist,  
63 ist nun klar: Alle Dörfer könnten bleiben – wenn die Planungen geändert werden!  
64 Der Ministerpräsident muss endlich beginnen, in Berlin für die von Enteignung  
65 und Vertreibung betroffenen Menschen einzustehen und die Zerstörung ihrer Dörfer  
66 in seinem eigenen Bundesland aufhalten – gegen die Konzerninteressen von RWE und  
67 für das Wohlergehen der Menschen.

68 Armin Laschet und die NRW-Landesregierung scheinen nichts aus ihren Fehlern am  
69 Tagebau Hambach gelernt zu haben. Dort sind Menschen in den Ortschaften Manheim  
70 und Morschenich enteignet und vertrieben worden, obwohl am Ende die unter den  
71 Dörfern liegende Kohle gar nicht mehr in Anspruch genommen wird. Dieses doppelte  
72 Desaster darf sich am Tagebau Garzweiler für die dortigen Ortschaften nicht  
73 wiederholen. Es kann nicht sein, dass RWE durch fortgesetzte Zerstörung weiter  
74 Fakten schafft. Neben einem Moratorium für Umsiedlungsvorbereitungen fordern wir  
75 die Landesregierung dazu auf, die Leitentscheidung schnellstmöglich an die  
76 energiepolitische Realität anzupassen und die bedrohten Dörfer rechtssicher zu  
77 erhalten.

78 Es ist schon längst klar, dass die Braunkohle unter den Dörfern nicht für die  
79 Energieversorgung benötigt wird. BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN NRW fordern deshalb ein  
80 Moratorium mit einem sofortigen Stopp aller Abriss- und sonstigen  
81 Zerstörungsarbeiten durch RWE. Statt weiter Fakten zu schaffen, braucht es Zeit  
82 für politische Verhandlungen und ausstehende Entscheidungen von  
83 Gerichtsprozessen sowie einen schnellen, nachhaltigen und sozial gerechten  
84 Strukturwandel, der den Menschen in der Region eine sichere Perspektive gibt.

85 BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN NRW stehen solidarisch an der Seite der Menschen in den  
86 Dörfern am Tagebau Garzweiler II und des Hambacher Tagebaus.

87 **Global einstehen für eine lebenswerte Zukunft & europäische Klimapolitik**  
88 **umsetzen**

89 Politische Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten müssen sich endlich am  
90 Übereinkommen von Paris (Paris Agreement) und dem Ziel, die globale Erhitzung  
91 der Erdatmosphäre auf 1,5 Grad zu beschränken, ausrichten.

92 Die Dringlichkeit der Klimakrise hat sich in den letzten Jahren massiv  
93 verschärft und die energiewirtschaftliche Realität sich verändert. Spätestens  
94 mit dem neuen EU-Klimagesetz und dem neuen EU-Klimaziel für 2030 ist der  
95 Kohleausstieg 2038 nicht mehr haltbar. Das bedeutet für das Land NRW den  
96 Kohleausstieg auf spätestens 2030 vorzuziehen. Wenn die Landesregierung am  
97 veralteten Ausstiegspfad festhält, riskiert sie nicht nur den sozialen Frieden,  
98 sondern stellt sich damit auch gegen das Übereinkommen von Paris und der  
99 Klimapolitik der Europäische Union.

100 Wir brauchen ein deutliches Vorziehen des Kohleausstiegs in NRW, um  
101 Planungssicherheit für die betroffenen Regionen zu gewährleisten und  
102 Strukturwandelmaßnahmen frühzeitig umzusetzen.

103 Als BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN NRW stehen wir ein für eine klimagerechte Politik, die  
104 sich nach dem Wohlergehen der Bevölkerung richtet. Für eine ökologisch und  
105 sozial gerechte Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise, die  
106 niemanden zurücklässt und eine Zukunft für unsere Kinder ohne Klimakatastrophe  
107 ermöglicht.

108 Es liegt jetzt am Ministerpräsidenten, die Ergebnisse des Gutachtens in der  
109 Leitscheidung zu berücksichtigen und die unnötige Zerstörung von Dörfern und  
110 Natur zu stoppen. Ein Kohleausstieg, der diesen Namen verdient, muss sich an den  
111 Zielen des Klimaschutzes und der Klimagerechtigkeit und nicht an den  
112 Gewinninteressen von Kohlekonzernen orientieren. Es muss Schluss sein mit der  
113 Enteignung und Vertreibung von Menschen und der Zerstörung ihrer Heimat. Denn  
114 alle Dörfer können und müssen bleiben!